

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gehalts, Betriebsänderung, Streik u. dgl. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Anzeigenzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühren 50 Pfg., für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übergabe unbedingte Garantie. Schreiber oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— M., das Lauben, ausgleich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 138

Donnerstag, den 22. November 1928

30. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Reichsaussenminister Dr. Stresemann eröffnete im Reichstag ein großes Rede über Rheinlandsänderung, Reparationen und Wiederaufbau der amnestierten Gebiete. Er sprach sich für eine rasche Einigung auf der Basis der Weizsäcker-Note aus. In Düsseldorf wurden die Verhandlungen der Arbeitgeber und Eisenindustriellen unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Bergemann zur Beilegung des Eisenkonfliktes fortgesetzt. In einer englischen Zeitung werden interessante Ausführungen über den deutschen wirtschaftlichen Anstoß auf die Räumung des Rheinlandes gemacht. Der Landesparteitag der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Thüringen hat eine Entschliessung angenommen, nach der sofort alle Vorbereitungen für den Wählkampf Thüringens an ein größeres Massstab getroffen werden sollen.

Das Recht auf Räumung.

Ueberraschendes Eintreten englischer Juristen für deutsches Rheinland.

London, 19. November.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist im Zusammenhang mit den Erklärungen des Schatzkanzlers Churchill und anderer Minister über die Aufhebung der englischen Reparations- und Weizsäcker-Verträge die Räumung auf die durch den Versailler Vertrag geschaffene rechtliche Lage hin.

Der Korrespondent legt im einzelnen den Sinn der Artikel 428 bis 431 des Versailler Vertrages auseinander und weist die Ansicht zurück, daß der Sinn des Artikels 431 darin liege, daß von Deutschland nur Beweise seines guten Willens verlangt würden. Die Zahlung der Reparationen bis zur letzten Mark könnte von den Alliierten als nicht als Voraussetzung für die Räumung herangezogen werden.

Deutschland habe auf Grund der pünktlichen Reparationsannuitäten während einer angemessenen Reihe von Jahren ein Recht auf Räumung.

Die besondere Behandlung der Reparationen durch Artikel 430 gebe den Alliierten gleichfalls kein Recht für die Räumung des Rheinlandes. Er verweist auf die Weizsäcker-Note und die Weizsäcker-Verträge, die die Räumung auf die durch den Versailler Vertrag geschaffene rechtliche Lage hinweisen. Die Weizsäcker-Verträge bieten keine besondere Handhabe, um Garantien gegen einen unprovozierten Angriff durch Deutschland zu verlangen. Artikel 3 des zwischen Frankreich und Großbritannien und Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages zur Garantie der Sicherheit der alliierten Länder sei sehr vor, daß die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung dieser Verträge verschwinden würde, sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Deutschland habe nunmehr diese Bedingung durch den Abschluß der Locarno-Verträge und seinen Eintritt in den Völkerbund erfüllt. Durch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund auf der einen und seine pünktlichen Reparationszahlungen auf der anderen Seite habe sich Deutschland nach Auffassung einiger der führenden Juristen Großbritanniens das Recht geschaffen, die Räumung des Rheinlandes zu verlangen. Im ganzen kommt der Korrespondent zu dem Schluss, daß

die rechtliche Lage für die Rheinlandsänderung für Deutschland günstig

sei, daß Großbritannien im wesentlichen die deutschen Argumente für die Räumung anerkenne. Auffällig ist hierbei, daß führende britische Juristen, die der Korrespondent zitiert, offenbar diese Auffassung seit langem vertreten; die britische Regierung aber bisher eine durchaus gegenteilige Politik verfolgt habe.

Einigung in Düsseldorf?

Die Verhandlungen bei Bergemann.

Düsseldorf, 19. November.

Am Montag vormittag wurden die am Sonntag unterbrochenen Verhandlungen, die gemeinsam unter den Vorsitz des Regierungspräsidenten Bergemann zwischen dem Eisenkonflikt, den Gewerkschaften zur Beilegung des Eisenkonfliktes geführt werden, wieder aufgenommen. Aus dem Verlauf der Verhandlungen, die nunmehr in der letzten Woche vor sich gehen, geht ein sehr günstiger Eindruck über die Aussichten, daß es sich zu einer Einigung kommen werde. Diese Annahme wurde dadurch bestätigt, daß die Gewerkschaften ihre gegen Eisenindustriellen und mit ihren Anhängern darüber berieten ob man auf der gefundenen Basis sich einigen könne. Der Ansicht wurden die gemeinsamen Besprechungen bei Bergemann wieder fortgesetzt.

Am Sonntag war es ruhig. Es wurden keinerlei Demonstrationen abgehalten, weil über die Verhandlungen nichts verlautete und man nicht fürchtete in die neu gewonnenen Fäden eingreifen wollte.

Verteilung der Hilfsfelder.

Der preussische Wirtschaftsminister Hirtzfelder trat am Montag in Essen ein, um die vom Reichstag beschlossene Unterbrechung der Ausbeute durch Verteilung von

20 Millionen an die Gemeinden in die Wege zu leiten. Am Mittag fand eine Konferenz der Verwaltungslieferer in der Frage kommenden 35 Städte und Landgemeinden statt. Die etwa 100 Vertreter erkrankt hatten. Es sollte ein möglicher einheitsvoller Verteilungsschlüssel entsprechend der Lage der Städte gefunden werden. Für die bereits ausgezahlten Unterlieferungen sollen den Gemeinden Verteilung zufließen.

Nach den getroffenen Richtlinien erhalten von Montag ab die von der Auslieferung betroffenen Arbeitnehmer folgende Unterstützung für die Woche: Alleinlebende Personen ohne eigenen Hausbau 12 Mark, alleinstehende Personen mit eigenem Hausbau 12 Mark, Ehepaare 16 Mark. Alle in Hausbau des Hauptunterlieferungsunternehmens zu verbringenden Personen je 3,50 Mark. Eine Rückzahlung der Unterstützung darf nicht verlangt werden.

Einführung eines Arbeitsdienstjahres?

Berlin, 20. November. Die Nationalsozialisten haben mit Unterstützung der Christlich-Nationalen Bauernpartei im Reichstag einen Antrag eingebracht, der alsbald einen Gegenentwurf fordert, der zur Behebung der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsdienstpflichtjahr einführt. Arbeitsdienstpflichtig sollten alle männlichen und weiblichen Deutschen für ein Jahr zwischen ihrem 17. und 21. Jahre sein. Die Arbeitsdienstpflicht soll, soweit Bedarf vorliegt, auf dem Lande ausgeführt werden, sonst bei Wegebau und Kultivierungsarbeiten des Staates.

Kampfanlage War 90's.

Leipzig, 19. November. Auf dem Leipziger Augustusplatz hat War 90's im Rahmen einer kommunikativen Demonstration eine Kampfanlage gehalten, in der folgende Satz bemerkenswert war: „Früher dachten wir, wir alle glauben, wird es zu Ende sein mit dem Reden, dann stehen wir wieder auf den Barrikaden und hüten unsere Leiber den Regeln der Bourgeoisie dar.“

Um die Biersteuererteilung.

Der Staatsgerichtshof erklärt das Biersteuerergemeinschafts-Gesetz vom April 1927 für ungültig.

Leipzig, 19. November.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, hat in dem verfassungsrechtlichen Streit über die Gültigkeit des Biersteuerergemeinschafts-Gesetzes vom 8. April 1927 betreffend Biersteuerergemeinschaft, über den der Staatsgerichtshof am Sonntag verhandelt hat, um 18.30 Uhr eine Entscheidung folgenden Inhalts veröffentlicht:

Das Gesetz vom 8. April 1927 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 94) zur Aenderung der Gesetze über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuerergemeinschaft ist ungültig. Das Recht der Freistaaten gegenüber dem Reich, die im Vorstadium des Eintritts in die Biersteuerergemeinschaft ohne Rücksicht auf die Zustimmungen von 1923 und 1925 angenommenen Aenderungen. Eine Entscheidung über die Höhe der Aufwertung bleibt vorbehalten. Bis zu dieser endgültigen Entscheidung über die Höhe der Aufwertung sind die in den Verordnungen des Reichs zum 1. April 1927 festgesetzten Beiträge zu zahlen. Diese letztere Entscheidung ist getroffen worden, nachdem im Hinblick darauf, daß das finanzielle Fundament der Finanzwirtschaft der genannten drei Länder erschüttert wäre, wenn diese Zuwendungen nicht mehr oder nicht mehr mit Sicherheit erfolgen würden.

Wie schon aus der Gerichtsentscheidung hervorgeht, soll die bisherige Regelung weiter bestehen. Da aber die Preussische Regierung naturgemäß ein lebhaftes Interesse daran hat, diesen Zustand schnell zu beilegen, wird man sicherlich mit großer Begeisterung die Einbringung eines entsprechenden Gesetzes in der Reichsversammlung betreiben, der wahrscheinlich heftige Kämpfe nach sich ziehen wird.

Opposition gegen das Kabinett Poincaré.

Auch Jouhaux legt sein Völkerbundsmandat nieder.

Paris, 19. November.

Wie der Allgemeine Arbeiterverband mittel, hat auch der Arbeiterverband Jouhaux in der Vorbereitung der Währungsreformopposition, der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes, erklärt, daß er unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage sei, sein Völkerbundsmandat beizubehalten.

Der Kandidat Paul-Boncour und Jouhaux haben der französischen Presse Anlaß, für das Kabinett Poincaré eine verstärkte Opposition zu prophezeien. Jedemfalls stellen die beiden Kandidaten dar, daß die Beschlüsse des radikalen Kongresses in Angers doch für die innere Politik Frankreichs von nachträglichen Folgen war, als man ursprünglich annahm. Zweifellos will die Linke unbedingt klarstellen, daß das neue Kabinett Poincarés ein ausgesprochenes Rechtskabinett ist.

Die Nachfolger für die zurückgetretenen Vertreter sind noch nicht ernannt. Es ist anzunehmen, daß der Vorsitzende der Währungsreformdelegation schon in den nächsten Tagen von der Regierung ernannt wird. Genannt wird hier der Name des Grafen Glaufel.

Stresemann spricht...

Ueber Räumung, Reparationen und Abrüstung. Berlin, 20. November.

Bei der Eröffnung der Montagssitzung des Reichstages zeigte das Haus wieder das Gepräge eines belohnten Tages. Am Rednerpult saßen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Reichsminister der Finanzen Dr. Brüning. In der Diplomatenloge bemerkte man zahlreiche Vertreter fremder Mächte. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik in Verbindung mit der Beratung von Anträgen und Interpellationen über Angelegenheiten des besetzten Gebietes.

Präsident Ebert erteilte sofort dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärte, es geriete ihm zur Freude, dem nach langer Krankheit genesenen Reichsaussenminister das Wort erteilen zu dürfen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

begann seine Rede mit einem Dank an den Reichstagsler, der ohne Zögern seine Räte erfüllt habe, an Stelle des verstorbenen Außenministers die deutsche Delegation in Genf zu führen. Mit meinem Dank, so erklärte der Minister weiter u. a., möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außerpolitischem Gebiet getan worden sind, mehrerlei die volle Verantwortung zu übernehmen. Besonders drei große und lebenswichtige Fragen der Außenpolitik möchte ich in den Mittelpunkt meiner heutigen Erklärung stellen:

Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete, die der Abrüstung und vor allem die der Lösung der Reparationsfrage.

Die deutsche Regierung hat vor der diesjährigen Völkerbundversammlung die beteiligten Regierungen unterrichtet, daß sie bereit ist, in Genf die Räumungsfrage offiziell aufzunehmen. Nicht nur Deutschland, sondern viele weitere Kreise des Auslandes empfanden die heute noch fortwährenden Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete als einen trafen Gegenstand zur Entwidlung der internationalen Politik in den letzten Jahren (lebhaft Zustimmung). Wir brauchen und brauchen daher auch heute nicht zu bezweifeln, daß etwa eine negative Klärung der Lage für die internationale Stellung Deutschlands zugrunde von Nachteil sein könnte. Ueber den

Beitrag der Genfer Verhandlungen

in dieser Beziehung ist alles wesentliche in der Dessenheit bekannt. Ueber die Beilegung des Eisenkonfliktes sind wir uns wohl einig; es war für das deutsche Volk eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anrecht in Genf nicht durchgedrungen sind (lebhaft Zustimmung). Unser Verhandlungsgegner haben eine Auffassung vertreten, die wir nicht anerkennen können. Deutschland wird in diesem Reichstag zu Recht, solange dieser Anpruch nicht erfüllt ist, keinestwegs können, die Räumung mit Begünstigung finanzieller Interessen. Es stelle sich Genugtuung fest, daß nach vor wenigen Tagen auch vornehmender britischer Seite grundsätzlich anerkannt wurde, daß Räumungs- und Reparationsfrage völlig getrennte Dinge sind (lebhaft Zustimmung). Die französischen und zum Teil heraldischen Worte an Deutschland verletzten sehr, die durch die Unwissenheit der fremden Belegungen verhindert wird. Der Minister erwachte die französischen Mäander auf deutschem Gebiet und erklärte:

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß auch der Geist der Belegung in den Rheinlanden einen Rückschlag erfahren hat.

Im Zusammenhang mit der Erwähnung der Kritik der zeitlichen Außenpolitik führte der Minister aus, er halte es trotz des Rückschlages für notwendig, in voller Offenheit weiter für die Grundlinien und die konsequente Fortführung der bisherigen deutschen Außenpolitik einzutreten. Ich lege keine Unterdrückung, die uns erlaube, an Stelle des angeblichen Phantoms einer Großmachstellung die tatsächliche politische Machtstellung zu erhalten, die andere Mächte immer noch in der Aufrechterhaltung ihrer Räumungen am ehesten befehligen sehen. Der Minister bekräftigte noch mit weiteren Einzelheiten der Kritik an einer Außenpolitik, wobei er schließlich erklärte, daß er davon überzeugt, daß jeder Außenminister und jede Regierungsausschüttung durch den Zwang der realen Ermüdungen gezwungen wären, die selbe Einstellung zu nehmen wenn sie sich nicht an der Existenz des Reiches verunsichern wollten.

In der Abrüstungsfrage

wenden wir an dem in nicht mißzuverstehender Form vom Reichsaussenminister und dem Grafen Bernstorff in Genf dargelegten Standpunkt festhalten. Das Hotiellkompromiß, das wir erwählt wurde, dürfte als erledigt angesehen sein. Wenn zwei Mächte, denen nach der Konvention des Locarno-Paktes eine wesentliche verführende Rolle zufällt, auf militärischem Gebiete tatsächlich weitreichende Vereinbarungen getroffen hätten, würde das an die Grundlagen des Rheinpaktens von Locarno rühren. Dann beständige sich

der Minister mit den Erörterungen über die Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission zur Lösung der Reparationsfrage.

Aus diesem kann ergehen, daß die letzte Entscheidung über die Reparationsfrage auf Grundlagen ruhen muß, die in sich von politischer Gesichtspunkten und nur besterung auf wirtschaftlichen Zusammenhängen zu finden seien. Die Freiheit der Entscheidung über die Vorschläge der Sachverständigen muß natürlich den Regierungen gewahrt bleiben. Erst wenn die Sachverständigen geäußert haben werden, kann die Frage erörtert werden, wie sich nach deutscher Auffassung auch die englische politische Lösung im einzelnen denken lassen. Einmalige Zusammenkunft der Regierungen auf den allgemeinen Grundgedanken, daß von einer mißlichen Lösung der Reparationsfrage nur gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteigt, das heißt wenn sie die Erfüllung unserer Verpflichtungen während aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht (Zusammenhang). Der Gedanke an ständige zwischen der Regierung über die Durchführung der Sachverständigen-Kommission ist noch im Gange. Hoffentlich wird er bald ein befriedigendes Ergebnis haben. Denn solange diese Entbindung der Reparationsfrage fehlt, besteht eine gefährliche Unsicherheit für Wirtschaft und Finanzen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Wiedemann, daß die Verhandlung des am 27. August in Paris unterzeichneten Kollisionsartikels, der Welt solle nicht nur den Frieden sichern, sondern die Völker einander näher bringen und selbst getrennte Kontinente zu fruchtbarer Arbeit zusammenführen (Selbsterbefflung).

Abgeordneter Genl. Wetzlar (Nat.)

erklärte, die an die Namen Socarno, Genl. und Eclair genähmte, die in die Friedenssollenside habe erwarteten Erfolg, untergebracht. Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, daß vom Wiederrund hinsichtlich der Abklärung nichts mehr zu erwarten sei. Auch Parteien, die Träger der Socarno-Politik waren, haben erkannt, daß die fremden Staatsmänner mit dieser Politik Schluß gemacht haben. Den Abbruch des Genl. Wiedemanns über den Eintritt in neue Verhandlungen können wir nicht gutheißen. Der Redner bekräftigt dann die Frage der Reparationsverhandlungen. Alles, was darüber in letzter Zeit gesagt worden ist, müsse mit größter Sorge erfüllen. Der Redner warnte davor, daß sich Deutschland auf unsichere Verheißungen und Hoffnungen einlasse, die sich niemals erfüllen. Die Grundlage aller Verhandlungen müsse darin bestehen, daß die bisherigen Leistungen die deutsche Schuld deckten. Die Forderungen bei den Verhandlungen in der Welt sind unannehmbar. Wenn es aber zu unmöglichen Forderungen kommt, erwarten wir zum erstenmal ein deutsches Nein (Selbsterbefflung). Der Redner widerspricht einer Preisreuestellung des Reichsankernministers, worauf wir die volle deutsche Souveränität zu erwidern begehren würden. Deutschland hat die Freiheit der Welt, aber das Reich hat die Freiheit der Welt. Wenn der Innenminister in seiner Mundartrede gesagt habe, jeder deutsche Republikaner wisse, daß er zuerst als Mensch und dann als Deutscher auf die Welt gekommen sei, so müsse das lebhafteste Widerspruch hervorgerufen. Er erinnere an eine Denkschrift des großen Kantianer, die mit der gemäßigten Klage beginnt, daß die deutsche Stimme fremder Nationen Gehör gefunden seien, und mit dem Worte endete: Gedente daß du ein Deutscher bist! (Selbsterbefflung).

Abgeordneter Dr. Raas (Ztr.)

wies darauf hin, daß nach der „Bankrotzeremonie“ des Abgeordneten Wels! (Heiterkeit) die Unterirdische zwischen Reden der Opposition und der Regierungsparteien fast zu rückgegangen seien. Die Kritik, die Graf Wetzlar an der Außenpolitik geübt habe, müsse man nicht als „Wiederrund“ voll bezeichnen. Der Sinn der außenpolitischen Debatte ist

die Autorität der Reichsregierung, die in den kommenden Wochen und Monaten vielleicht die schwersten Gang bei Versailles und London anzutreten hat, so zu fällen, daß jenseits auf das deutsche Parlament antomme, die Voraussetzungen für einen andern Erfolg geschaffen werden. Der Politik des Außenministers wird das Zentrum wieser in strenger Gerechtigkeit gegenübersehen. Es sei nicht, ob es Genialitätsluft war, die einen gewissen Gegenlag zwischen uns und Dr. Stresemann konfirmieren wollte (Vorb. Aufse: Die Germania) Wir identifizieren uns gewiß nicht mit den Ausführungen der „Germania“. Ich persönlich bedauere, daß daraus der Eindruck entstehen konnte, als ob wir die Frage seiner Vertretung in ein aktives Stadium rücken wollten. Auf weitere Punkte, die auf die Rede des Abgeordneten Dr. Schreiber anspielten, erwiderte der Redner: Wir wollen allerdings, daß das Auswärtige Amt nicht den tüchtigen Kräften aus dem Volk verschlossen bleibt. (Abgeordneter Söllien, Komm.: Nachrigal, ich hör dich lauten!) Sie (zum Abgeordneten Söllien) haben wenig Aussicht, Altstage der Kulturabteilung zu werden! (Heiterkeit).

Abgeordneter Denburg (Dem.)

erklärte, daß er von rheinischen demokratischen Organisationen zu der Erklärung ermächtigt sei, daß das Rheinland nicht wünsche, daß die Währung durch finanzielle Kassen für die Allgemeinheit oder durch Einbußen der deutschen Souveränität erkauft würde. Eine Veräußerung der Reparationen mit den alliierten Schulden an Amerika dürfe nicht stattfinden, vielmehr könne für die Beilegung der Gesamtschuld nur die deutsche Leistungsfähigkeit maßgebend sein. Das Steueramt könne für Schulden nicht maßgebend sein, da viele Steuern aus der Substanz besahlt wurden.

Abgeordneter Dr. Bredt (Wirtsch. Berg.)

betonte, daß seine Partei schon damals den Abmachungen von Locarno nicht die volle Vertrauen entgegenzubringen vermochte, wie dies keine andere Parteien getan hätten. In der Außenpolitik ist zweifellos ein gewisser Mißerfolg zu verzeichnen.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kernberg, den 21. November 1928.

— **Kein Geld in gewöhnliche Briefe einlegen.** Die einzige richtige Art, Geld mit der Post zu verschicken, ist die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Geldbrief. Aber einen größeren Zahlungsvorschlag unterstellt, dem kann nur bindend die Einreichung eines Postcheckkontos empfohlen werden. Er hat dann nur nötig, eine förmliche Überweisung oder einen Scheck auszufüllen und den selben Schreiber mit 5 Pfennig frankieren in den nächsten Briefkasten zu werfen. Diese einfachen und sicheren Geldüberweisungsarten werden aber leider von einem großen Teil des Publikums nicht benutzt. Viele verenden immer noch Geld in eingeschriebenen oder gewöhnlichen Briefen. Die Verschwendung von Geld in eingeschriebenen Briefen ist nicht empfohlen werden, weil die Post für verarbeitete Einschreibebriefe überhaupt keinen Ertrag leistet, für in Verlust geratene höchstens 40 Rm. Bei Verlust der Verarbeitung gewöhnlicher Briefe haben Absender und Empfänger immer den Schaden zu tragen, weil die Post bekanntlich nicht dafür haftet. Darum, wenn Sie Geld in eingeschriebenen Briefen zu verschicken oder einschreiben, Briefe!

* **Ueber die kirchlichen Wahlen in der Provinz Sachsen** wird mitgeteilt, daß sie in der Hauptstadt ohne Heftigkeit erledigt worden sind. Ueberwiegend wurden Gen. beizustellen nach ausführlichen Vorgesprächen aufgestellt. Die Arbeiterchaft ist proportional stärker berücksichtigt worden als bisher. Die Beteiligung der Lehrerchaft an den Wahlen muß besonders hervorgehoben werden. Die Annäherung wirtschaftlicher Interessen trat, außer in Wittenberg, kaum hervor; ebenso sind kirchlich-politische Gesichtspunkte nur in verhältnismäßigem Maße geltend gemacht worden. Die Wahl verlief, wie uns der Evang.-Soz. Propaganda für die Provinz Sachsen mitteilt, ohne Ueberraschungen und Störungen, in Fortführung der ruhigen

Entwicklung des kirchlichen Lebens, die charakteristisch ist für die Provinz Sachsen.

— **Wichtiges des Chancens und des Lokomotivführers** bei nicht gefährlichen Eisenbahnübergängen. Wird eine Fahrkarte von einem mit Schranken nicht versehenen Eisenweg überquert und sind hierbei die Licht- und Signalverhältnisse besonders ungünstig, so daß ein naherher Zug von der Straße aus erst wenige Meter von dem Bahnübergang und auch dann nur auf geringe Entfernung wahrgenommen werden kann, dann muß sich der Führer eines Kraftwagens der gefährlichen Kreuzung so langsam nähern, als dies nach der Lage der Verhältnisse lediglich möglich ist. Am liebsten zu begünstigen, ob ein Zug nach, oder in entgegengesetzter Entfernung von dem Bahnübergang anhalten und den Motor abstellen. Diese Verpflichtung besteht unabhängig von der Verpflichtung zum Anhalten an der Warnungstafel, die eine vorzügliche Wahrnehmung der Annäherung eines Zuges voraussetzt. Aber auch die mit dem Vordrängert ausgestatteten Eisenbahnzüge müssen an derart gefährlichen Stellen mit erhöhter Herabgeminderter Geschwindigkeit und mit einer auf das äußerste gesteigerten Vorsicht gefahren werden.

Bergwitz, 19. Nov. Als am Sonnabend abend der Gemeindevorsteher ein Bescheid mit seinem Personalentscheidungen nach Gräfenhainichen fuhr, fielen er dem Grafen „Grünen Berg“ auf einen unbefindlichen, mit Vangholz beladenen Lastkraftwagen und verlor sie erheblich. Die Personalentscheidungen des Lastkraftwagens wurden durch den zuständigen Landjäger festgesetzt.

Gräfenhainichen (Kastau mit Anhänger in den fahrten am hiesigen Vorstadtweg ein Kastau mit Anhänger einer Berliner Verkehrs-Gesellschaft in den Graben, wobei sich der Anhänger überschlug und zwei Obdachlose mit unruhig. Glücklicherweise wurden Personen hierbei nicht verletzt. Mit großer Mühe gelang es am Sonntag vor-mittag, beide Wagen wieder flott zu machen, so daß die Fahrt fortgesetzt werden konnte.

Sorfthof, (Den Arm abgeschlagen.) Ein Unglück ereignete sich vor dem Kunitzer Hof. Dort wurde einem Chauffeur der Schützengarde, der den Motor seines Wies-Kraftwagens aufhalten wollte, durch ein zurück-fahrendes Auto der Arm abgeschlagen. Der Verunglückte wurde durch die Gasse gebracht, wo ihn der dort herbeigekommene Herr Dr. Junagis einen Notverband anlegte. Bald darauf erschien ein Direktor von dem Unglück benachrichtigten Brauerei, der mit seinem Auto den Verletzten ins Defakur Hofkranzhaus brachte.

Wittenberg, (Vom Juge erfaßt.) Auf dem hiesigen Personenbahnhof ereignete sich ein bedauerliches Unglücksfall, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel. Kurz vor Passieren des 30-Juges 3, der um 20.12 Uhr Leipzig verließ, wollte der in der Verengungsabfertigung beschäftigte Eisenbahner Schönbrodt das erste Gleis von der Gepäckabfertigung aus überqueren, um auf dem ersten Bahnsteig zu gelangen. Im letzten Augenblick kam der 30-Jug 3 herangebraut, erfaßte Sch. mit dem einen Fuß und schlenderte ihn gegen die Wand, wo er mit einem schweren Schädeldruck, der den sofortigen Tod zur Folge gehabt haben muß, liegen blieb. Schändlich galt als ein äußerst pflichttreuer Beamter, der bereits 35 Dienstjahre hinter sich hatte.

Halle (Doppelstichmord.) Die 70 Jahre alte Witwe Knoll und ihre 33jährige Tochter Hedwig wurden in ihrer Wohnung in der Wittenbergstraße 5 von Kollmann an den Fensterbänken erhängt aufgefunden. Die beiden Frauen haben aus Mangel an Lebensmitteln den Tod gesucht. Ein kleines Tabakmagazinet, das sie betrieben, brachte ihnen nicht mehr den notwendigen Lebensunterhalt.

Calbe a. d. S. (Ein geheimnisvoller Todesfall.) Hier wurde ein angelegener Landwirt unter dem Verdacht, seinen

Evas Entführung

Roman von Hans z. v. (16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Hören Sie, Widbrunn, ich habe immer gemeint, wenn es etwas, wie dieses Schicksal, geschieht, dann hat das Sinn und Zweck. Wir hatten Sie endlich gerade jenseits, daß Sie mit frischem Mutte daran gingen, Ihr Leben neu aufzubauen. Und da will ich Ihnen vorhalten, daß der Tod Ihrer Frau doch nur ein Band zerriß, daß doch schon vorher zerfallen war. Ihre Frau war mit einem anderen fortgegangen, verließ Sie und Ihr Kind. Solche Tragödie ereignet sich ja immer — aber Sie verloren ja nur eine Frau, nicht wahr, die doch schon nicht mehr Ihnen gehörte. Das muß Ihnen über das Unglück hinweghelfen. Einen anderen Trost — einen viel besseren, als alle Beernungsgründe — hab ich für Sie: eine recht große Arbeit.“

Dieter dachte an die Baronin lächelnd.

„Kann haben wir einen Vertrag gemacht — ich meine die Pachtung meines Hutos — da kommt ich schon wieder mit einem anderen — und — wie mir scheint — besseren Vorschlag.“

„Sie kopfte die Wähe ihrer dicken Zigarre ab, pfies die mächtige Dampfwolke über die Lampe hin. Nun wandte sie sich zu Froelen Gregeren: „Denken Sie sich, mein Leutdeich Hanen geht zum ersten März fort.“ „Hanen“, rief Froelen Gregeren, „Hanen, der zwanzig Jahre bei Ihnen war?“

Die Baronin schüttelte. „Ja“, leidet — hat eine Erbschaft gemacht. Bei Wilelele ich einen Hof gekauft. Ich vertritt für mich — er war sehr eifrig — wenn auch seit zwei Jahren so bequemt und nachlässig geworden, daß ich schon davon abgesehen hatte, ihm mit Widbrunn eine Art Adjutanten oder Assistenten zu geben, der die Aussicht der Leute bei der Feldarbeit übernehmen sollte. Ich sprach Ihnen ja schon davon, Widbrunn.“

Dieter nickte.

„Kann geht Hansen weg, und Widbrunn soll sein Nachfolger sein. Hanen wird Sie von morgen ab in seine Geschäft einweihen. Er kann deutsch. Sie haben nichts zu tun, als die Beaufsichtigung der Leute bei der Feldarbeit, die Lohnzahlungen, Führung der Lohnbücher,

Abrechnung mit dem Müll. Keine große Kunst all das. Der Inspektor Sagge ist ja auch noch da und wird Sie nach Hansen's Fortgang unterrichten. Ich habe Ihnen also diesen Posten auf Bobatte an, freie Wohnung und freies Essen und dreitausend Kronen im Jahr. Wollen Sie annehmen, Widbrunn?“ Dieter sah die Baronin überstrahlt an.

„Galt“, rief sie, „ehe Sie antworten, noch dieses. Ich habe keine wegen unseres Anwartsungsvertrages. Habe, nachdem wir jetzt mehrere mitkommen gefahren sind, wieder großen Geschmach daran gefunden und gar keine Lust, meinen schönen Wagen den Sommergästen preiszugeben, daß sie die Frühe auf meine Leberpflaster legen und ihre Zigarrenschale drauf kreuen.“

„Nein, ich will meinen Wagen für mich behalten. Will auch nicht, daß ein Kopenhagener Pross sich unterziehe, meinem Widbrunn ein Fringel anzuhängen. Schöffel ist nicht ein solches Art Dienstreisende, Leutdeich, das ist schon was Besseres. Und wenn ich Lust habe, am liebsten mich mein Personalgefährt in meinem Auto passieren. Na, wollen Sie nun mein Leutdeich werden?“

„Frau Baronin, werd ich das können? Ohne Erfahrung, ohne Kenntnis der Arbeiterverhältnisse?“

„Wo ein Wille ist, ist ein Weg, lieber Sohn. Sie lernen schnell, das hab ich gesehen. Und am Ende bin ich auch noch da mit meinem Rat, wenn Sie ihn brauchen. Wollen Sie's nur.“

„Sie reichte ihm die Rechte hin, zögernd schlug Dieter ein.“

„Bravo! Gut so! Morgen ziehen Sie mit Sod und Pad nach Bobatte hinauf.“

Froelen Gregeren. Sie haben wohl eine falsche Schwabenpunsch im Haul? Denn hierauf müssen wir ein Staats trinken.“

Froelen Gregeren winkte Willemer, die rasch hinausging und hand mit einem Tablett zurückkam, auf dem der Kaiser stand. Sie schenkte ein, man ließ an und trank.

Die Baronin wurde sehr gut Laune, trant recht wader. „Morgen wird mich ja mein Bein gehörig dafür zwicken, denn Alkohol will es nicht haben. Ich frage es aber nicht um Erlaubnis. Seit frei ich mich, daß Verminntige geschicklich. Widbrunn ist aus den Sorgen heraus. Ich frage einen zuverlässigen Kerl auf meinen Hof, der sich nach dem Rechten sieht.“ Sie drück ab. „Galt — rief sie — da ist einer an der Gartentür.“ Willemer ging hinaus, kam bald danach wieder ins Zimmer, hatte einen Brief in der Hand. „Der Postbote wars. Ein Eilbrief für Herrn Doktor.“

Dieter nahm den Brief in Empfang. Von Schwester Ruth. Er las sie sich an den Tisch, las den Brief.

Lieber Herr Doktor, Sie werden inzwischen ja wohl auch die schreckliche Nachricht vom Tode Ihrer Frau in den Zeitungen gelesen haben. Und was ich Ihnen zu berichten habe, ist auch nicht geeignet, Trost zu bringen.

Frau Professor Wittenberg hat auf irgendeine Weise (ich vermute durch Spionage des Hausmädchens) herausgefunden, daß Sie mit volkstümlicher geschicklich waren. Frau Professor stellte mich zur Rede, und ich nicht sagen mochte, gab ich sie — und wurde deshalb auf der Stelle entlassen. Herr Doktor brauchen sich aber deshalb keine Sorgen zu machen, denn ich bekam schon am Tage darauf eine neue Stellung bei einer verwitweten Generalin in der Villa gegenüber. So sehr es mich nun schmerzt, unter Euchen verlassen zu müssen, so bin ich doch froh, daß ich in nächster Nähe des Kindes bleiben kann. Ich sehe nun meinem neuen Zimmer direkt hinein in Euchen's Fenster. Frau Professor ärgert sich darüber. Sie ist eine schöne Frau, guthezig, liebt das Euchen abgöttisch — und ist wegen des Kindes nun auch eierdichtig auf mich. Sie sah es nicht gern, daß Euchen so an mir hing. Deshalb kam ihr der heimliche Briefwechsel mit Ihnen sehr gelegen, denn so fand sie Veranlassung, mich aus dem Hause zu jagen. Ich freue mich ja für unter Euchen, daß die Wittenburger zu veranlassen, was das Kind ist — finde aber zugleich die Art, in der sie sich zu uns beiden benimmt, sehr häßlich.

Ja — lieber Herr Doktor, da muß man es wohl noch als Glück betrachten, daß ich in Euchen's nächster Nähe bleiben darf und Ihnen regelmäßig Bericht über das Kind geben kann.

Da erwiderte darüber tröstlich, daß ich, die Euchen von Geburt an bis heute gepflegt und gehegt hat, sich durch Frau Wittenberg aus des Kindes Umgebung verjagt worden bin. Das hat mir sehr weh getan. Mit ihrem Herzen hab ich mich von Euchen losgerissen. Ich sehe das Kind täglich, wenn die neue Pflegerin es im Wagen ausfährt. Sehr, wenn sie verzögert, die Vorhänge zu schließen, weil unter Anderm abends gebuddel und ins Bett gebracht wird. Das ist doch immerhin etwas, und ich habe meiner Lieblich auf diese Art nicht ganz aus den Augen verloren. Meine Adresse ist jetzt Teutonienstraße 12, bei Generalin von Schröder.

Ich grüße Sie in aller Treue Schwester Ruth.“ (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Millionenschaden durch den Brand auf dem ameri-
kanischen Flugplatz Mitchellfield. Ein Teil der Gebäude des
Armeeflugplatzes Mitchellfield ist nach Berichten aus
Newport durch Feuer zerstört worden. Der Schaden wird
auf 1/2 bis 1 Million Dollar geschätzt. Die Flugzeuge selbst
konnten gerettet werden, aber eine sehr große Anzahl von
Motoren und große Mengen von Fallschirmjäten wurden
von den Flammen zerstört. Eine Reihe von Schuppen, in
denen Propeller, Fallschirme und Batterien aufbewahrt
wurden, sind vollständig ausgebrannt. Die Ursache des
Feuers ist auf Kurzschluss zurückzuführen.

Familie bei einem Hauseinsturz getötet. Wie aus
Pyeongtaek gemeldet wird, hat sich dort eine schwere Ein-
sturzschiffung ereignet, bei der drei Personen zum Opfer ge-
fallen sind. Durch den Zusammenbruch einer Wand wurde
eine Wohnung, in der sich ein Schneider mit seinen An-
gehörigen befand, unter den Trümmern begraben. Der
Schneider, seine Ehefrau und sein 16jähriger Sohn fanden
den Tod, während ein in der Wiege liegender Säugling
wie durch ein Wunder dem gleichen Schicksal entrannt. Die
Leichen konnten erst nach langen Anstrengungen aus den Trüm-
mern geborgen und dem Schauhause überführt werden.

16 Zuchthäuser ausgebrochen. Wie aus Graudenz
gemeldet wird, sind aus dem dortigen Zuchthaus 16 Ban-
diten entwichen, die zum Teil zu lebenslänglichem Zucht-
haus verurteilt waren. Die Gefangenen sind durch einen
Brunnen-Schacht ausgebrochen, aus dem sie sich mit den
Händen einen 18 Meter langen unterirdischen Gang ins
Freie gegraben hatten. Bisher konnten drei Sträflinge
eingefangen werden.

Frühzeitige Kälte in Spanien. In Spanien herrscht
vorzeitige Kälte. Der Schnee fällt in den Gebirgsgegenden.
Das Kran-Lal ist jeder Verkehrs-möglichkeit beraubt. Aus
Santander wird gemeldet, daß ausgehungerte Wölfe die
Herden bedrohen.

Geschäftliches.

Wie immer beim Kochen kommt's auch beim Kath-
reiner-Kochen darauf an, daß man es richtig macht.
Den „Kathreiner“ nicht zu fein mahlen — in kochendes
Wasser schütten — einige Minuten kochen lassen — einige
Minuten stehen lassen — und vorsichtig abgießen.

So zubereitet schmeckt Kathreiners Malzkaffee so gut,
daß man ihn nicht mehr missen mag.

Handelsteil.

© **Produktenbörsen.** Das Geschäft war klein, die Tendenz eher
steigend. Die Auslandsnotierungen sind unverändert. Getreide
höher angeboten, die letzten Notierungen im Getreidegeschäft sind
fest. Fein Mehl aus Oester, wo die Nachfrage verhältnismäßig
groß ist.

Am amtlich festgesetzten Preisen wurden genannt: Weizen
210—213, Roggen 201—204, Braugerste 226—242, Futter- und
Schnitzgerste 200—208, Hafer 200—208, Mais (Bln.) 217 bis
219, Weizenmehl 29,25—29,75, Roggenmehl 23,50—23,75, Weizen-
kleie 14,00—14,80, Roggenkleie (fr. Bln.) 14,00—14,70, Weizen-
kleie-Mehl 15—15,25, Raps 340—350, Vitoriaerbsen 23—22,
Wicken 27—29,50, Rapsstüben 19,80—20,20, Weinstuben 24,60 bis
24,80, Erdnüssen 13,80—14,10, Cono-Extraktions-Schrot 22
bis 22,70, Kartoffelmehlen 19,20—19,70 Reichsmark

Leipziger Viehmarkt, 19. Nov. Vertrieb: 897 Rinder, (davon
127 Ochsen, 328 Bullen, 310 Kühe), 358 Fäbber, 132 Fäbberin, 857
Schafe, 2248 Schweine, zusammen 4360 Tiere. — Außerdem von
Hiesigern direkt zugeführt: — Rinder, — Fäbber, — Schafe, —
Schweine. Es wurden folgende Gebirgspreisnotizen notiert: Köpfe
1. 52—56, 2. 46—51, 3. 40—45, 4. — — — Bullen 1. 49—54
2. 40—48, 3. 32—39. — Fäbber 1. 46—50, 2. 38—45, 3.
30—37, 4. 20—29. — Fäbber 1. 46—50, 2. 34—40, 3. 30—32,
4. 18—24. — Schafe 1. 60—67, 2. 54—60, 3. 40—50. — Schweine
1. — 60, 2. 78—80, 3. 74—77, 4. 70—78, 5. — — —

Schützenhaus-Vichtspiele, Kemberg

Gegr. 1920

Fernspr. 269

Wiederum ein ganz gewaltiges Ereignis

Um allen unsern gefallenen Helden ein besonderes Ehrenmal zu setzen wurde dieser historische Film von monumentaler Größe hergestellt. Damit auch wir alle diese wahrheitsgetreue Schilderung des grossen Krieges mit erleben und die unvergleichlichen Heldentaten aller unserer Brüder kennen lernen, bringen wir am

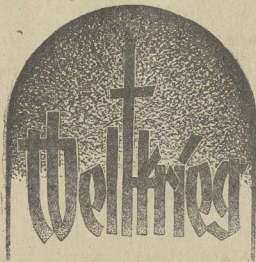
Totensonntag, den 25. November, abends punkt halb 9 Uhr

den Film der deutschen Nation, der an Hand von Originalaufnahmen aus dem Reichsarchiv geschaffen wurde.

Der Heldenkampf des deutschen Volkes!

Wahrheitsgetreue Schilderung
des großen Krieges.

Jeder, ganz gleich welcher Partei er angehört, muß sich
diesen gewaltigen Film ansehen.



Der gewaltige historische Film!

Der Weltkrieg, wie er wirklich war.

Bedeutend verstärkte Kapelle

Preise der Plätze: I. Platz 1,— M., II. Platz 80 Pf.

ATA
fegt den Schmutz hinweg!
ATA ist preiswert und gut!
ATA ist das gute Scheuermittel!

Bettfedern

empfehlen preiswert und gut

Wilhelm Weydanz

Hr. Köblich, Fahrradhandlung, Leipzigerstr. 12

empfehlen
Fahrräder und Motorräder
la Grammophone und Schallplatten

fiets die neuesten Schlager in reicher Auswahl.

Reparaturen werden von mir selbst prompt und billigst ausgeführt.
Anmeldungen zum **Auto- und Motorrad-Kursus** bei mir erbeten.

Grade-Wagen

2flügel, Sportmodell, mit el. Licht
preiswert zu verkaufen
Auto-Heinze, Wittenberg
Berliner Str. 22 Fernruf 2040
Fahrschule aller Klassen 12

Bahnhofswirtschaft Kemberg

Sonntag, den 25. November,
nachmittags 3 Uhr

Preisfakt

Um gütigen Zuspruch bittet
E. Carl

Preisfakt-Listen

empfehlen **Richard Arnold**

Kolonie Gniest

Sonntag, den 25. November, nach-
mittags 2 Uhr

Preisfakt

Jeder Mitspieler erhält ein Paar
Bodwürste.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
D. Klunfer

Vieh- und Inventar-Auktion

Am **Dienstag, den 27. November**, vormittags 10 Uhr
versteigere ich in **Meschede** bei Gräfenhainichen, Dorstr. 20 folgendes:
2 junge bayerische Zugochsen, 3 gute Milchkühe, 1 tragende
Färb. 1 1/2-jährige Färb. 2 Ackerwagen (2/2), und 3zöllig
1 Drillmaschine, dreiteilige Walze, 1 Martör, Hackpflug mit
Igel, Zweifelharpflug, 1 große Holzsegge, 1 Saß eiserne Eggen,
Holzhebe mit Ketten, Jauchefäß, 1 eisernen Krimmer, 2 eiserne
Raufer, 1 Zentrikrug, 1 Getreidekorb, 1 Dezimalwaage und
vieles andere mehr

meistbietend gegen Barzahlung

E. Dröge, Auktionator

VERITAS



Veritas Nähmaschinen

hochwertig in Präzision.
Elegant in der Ausstattung.

vor- und rückwärtsnähen
sticken und stopfen

Lieferbar auch bei Wochenraten
von 2,40 M. an ohne Anzahlung

Vertreter:

Otto Leibnitz, Uhrmacher
Kemberg, Leipziger Straße 35

Handtaschen

Altenmappen

empfehlen in reicher Auswahl

Richard Arnold, Buchhdlg.

Die Kolonie der Firma Köblich-Ditterfeld feiert am
Sonnabend, den 24. November, im Gasthaus
Reuden einen

öffentlichen Ball

Eintritt frei. Es laden freundlichst ein

Die **Neufou-Kolonie** und der **Wirt**

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinet wöchentlich dreimal, Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beleggen: Landmanns Sonntagblatt und / Illustriertes Unterhaltungsblatt. — Bezugspreise: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Perzepte oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Rollensweise 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen / (Scheibener oder durch Fernpost) aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Durch Gebühre: 10.— M. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 138

Donnerstag, den 22. November 1928

30. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Reichsaussenminister Dr. Stresemann eröffnete im Reichstag mit einer großen Rede über die Außenpolitik das Wort.

* In Düsseldorf wurden die Verhandlungen der Arbeitgeber und Eisenindustriellen unter Vorsitz des Reichsaussenministers Bergemann zur Regelung des Eisenlohnwesens fortgesetzt.

* In einer englischen Zeitung werden sehr interessante Ausführungen über den deutschen wirtschaftlichen Aufschwung auf die Rückkehr des Rheinlandes gemacht.

* Der Landespartei der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Thüringen hat eine Entschließung angenommen, nach der sofort alle Vorarbeiten für den Anschluß Thüringens an ein größeres Nachbarland getroffen werden sollen.

Das Recht auf Räumung.

Unerwartendes Eintreten englischer Juristen für Deutschlands Rechtsanspruch.

London, 19. November.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist im Zusammenhang mit den Erklärungen des Schatzkanzlers Churchill und anderer Minister über die Aufhebung der englischen Regierung zur Frage der Rheinlandräumung auf die durch den Versailles Vertrag gefestigten rechtliche Lage hin.

Der Korrespondent legt im einzelnen den Sinn der Artikel 428 bis 431 des Versailles Vertrages auseinander wobei er die Ansicht vertritt, daß der Sinn des Artikels 431 darin liege, daß von Deutschland nur Beweise seines guten Willens verlangt würden. Die Zahlung der Reparationen bis zum 1. März 1927 könnte von den Alliierten als nicht als Voraussetzung für die Räumung herangezogen werden.

Deutschland habe auf Grund der pünktlichen Reparationsannuitäten während einer angemessenen Reihe von Jahren ein Recht auf Räumung.

Die besondere Behandlung der Reparationen durch Artikel 428 bis 431 des Versailles Vertrages, da dort nur die Verzögerung der Rheinlandräumung, da dort nur die Möglichkeit der Nichterfüllung durch Deutschland die Rede sei. Der Versailles Vertrag bietet keine besondere Garantie, auch kein Recht gegen einen unproportionalen Angriff durch Deutschland zu verlangen. Artikel 3 des zünftigen Frankreich und Großbritannien und Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages zur Garantie der Sicherheit der alliierten Länder sei es, daß die Ratifizierung für die Aufrechterhaltung dieser Verträge verpflichtend würde, jedoch Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Deutschland habe nunmehr diese Bedingung durch den Abschluß der Locarnoverträge und seinen Eintritt in den Völkerbund erfüllt. Durch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund auf der einen und seine pünktlichen Reparationszahlungen auf der anderen Seite habe sich Deutschland nach Auffassung einiger der führenden Juristen Großbritanniens das Recht erworben, die Rheinlandräumung zu verlangen.

20 Millionen an die Gemeinden in die Wege zu leiten. Am Montag fand eine Konferenz der Normalungsleiter, bei der in Frage kommenden 35 Städte und Landgemeinden hatten etwa 100 Vertreter teilgenommen. Es sollte ein möglichst einheitliches Verteilungsschema entsprechend der Lage der Städte gefunden werden. Auch die bereits zugesagten Unterhaltungen sollen den Gemeinden verteilt werden.

Nach den getroffenen Richtlinien erhalten von Montag ab die von der Ausperrung betroffenen Arbeitsschichten folgende Unterfertigung für die Woche: Alleinlebende Personen ohne eigenen Haushalt 8 Mark; alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt 12 Mark; Ehepaare 16 Mark. Im Haushalt des Hauptunterhaltungsangehörigen sind verheiratete Personen je 3,50 Mark. Eine Rückzahlung der Unterfertigung darf nicht verlangt werden.

Einführung eines Arbeitsdienstgesetzes?

Berlin, 20. November. Die Nationalsozialisten haben mit Unterstützung der Christlich-Nationalen Partei im Reichstag einen Antrag eingebracht, der alsbald einen Gegenentwurf fordert, der zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsdienstgesetz einführt. Arbeitsdienstpflichtig sollen alle männlichen und weiblichen Deutschen für ein Jahr zwischen ihrem 17. und 21. Jahre sein. Die Arbeitsdienstpflicht soll, soweit Bedarf vorliegt, auf dem Lande ausgeübt werden, sonst bei Wegebau und Kultivierungsarbeiten des Staates.

Kampfanlage Max Höls.

Leipzig, 19. November. Auf dem Leipziger Augustusplatz hat Max Höls im Rahmen einer kommunikativen Demonstration eine Kampfanlage gehalten, in der folgender Satz hervorgehoben war: „Früher wußte ich, als wir alle glaubten, mich es zu Ende sein mit dem Reden, dann haben wir wieder auf den Barzaffeln und bieten unsere Reden den Augen der Daulogische dar.“

Um die Biersteuererleichterung.

Der Staatsgerichtshof erklärt das Biersteuergemeinschaftsgesetz vom April 1927 für ungültig.

Leipzig, 19. November.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Simon, hat in dem verfassungsrechtlichen Streit über die Gültigkeit des Biersteuergesetzes vom 3. April 1927 betreffend Biersteuergemeinschaft, über den der Staatsgerichtshof am Sonnabend verhandelt hat, um 18.30 Uhr eine Entscheidung folgenden Inhalts verkündet:

Das Gesetz vom 3. April 1927 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 94) zur Änderung der Gesetzgebung über den Eintritt der freistaatlichen Brauereien, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft ist ungültig. Das Reich ist gegenüber berechnigt, die im Verordnungen 3 der Biersteuergemeinschaften des Reichs ohne Rücksicht auf die Zustände von 1923 und 1925 angemessen anzuwenden. Eine Entscheidung über die Höhe der Aufwertung bleibt vorbehalten. Bis zu dieser endgültigen Entscheidung über die zum Erlaß eines mit verfassungsändernder Mehrheit zustande gekommenen Änderungsgesetzes ist das Reich berechnigt, an Brauereien, Bayern und Baden die in dem für ungültig erklärten Gesetz vom 1927 beschriebenen Verträge weiter zu ergreifen. Die letztere Entscheidung ist getroffen worden, nachdem die Brauereien auf, daß das finanzielle Fundament der Finanzwirtschaft der genannten drei Länder erschüttert wäre, wenn diese Zusammenhänge nicht mehr oder nicht mehr mit Sicherheit erfolgen würden.

Wie schon aus der Gerichtsentscheidung hervorgeht, soll die bisherige Regelung weiter bestehen. Da aber die Preussische Regierung naturgemäß ein lebhaftes Interesse daran hat, diesen Zustand schnell zu beseitigen, wird man sicherlich mit großer Begeisterung die Entscheidung eines entsprechenden Gesetzes betreiben, der wahrscheinlich heftige Kämpfe nach sich ziehen wird.

Opposition gegen das Kabinett Poincaré.

Auch Louhaug legt sein Völkerbundsmandat nieder.

Paris, 19. November.

Wie der Allgemeine Arbeiterverband mitteilt, hat auch der Mitarbeiter Paul Boncour in der vorbereiteten den Abrüstungskommission Louhaug, der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes, erklärt, daß er unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage sei, sein Völkerbundsmandat beizubehalten.

Der Rüsttrikt Paul-Boncour und Louhaug gaben der französischen Presse Anlaß, für das Kabinett Poincaré eine weitläufige Opposition zu prophezeien. Jedenfalls stellen die beiden Minister klar, daß die Beschüsse des radikalen Kongresses in Paris ein böses Omen für die innere Politik Frankreichs von nachhaltigeren Folgen war, als man ursprünglich annahm. Zweifellos will die Linkt unbedingt markieren, daß das neue Kabinett Poincarés ein ausgeprägtes Rechtskabinett ist.

Die Nachfolger für die zurückgetretenen Vertreter sind nicht ernannt. Es ist anzunehmen, daß der Vorsitzende der Abrüstungskommission schon in den nächsten Tagen von der Regierung ernannt wird. Genannt wird hier der Name des Grafen Gausel.

Stresemann spricht...

Ueber Räumung, Reparationen und Abrüstung.

Berlin, 20. November.

Bei der Eröffnung der Montagsession des Reichstages zeigte das Haus wieder das Gepräge eines besondern Tages. Am Regierungstisch saßen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und weitere Mitglieder des Kabinetts. In der Diplomatensloge bemerkte man zahlreiche Vertreter fremder Mächte. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik in Verbindung mit der Beratung von Anträgen und Interpellationen über Angelegenheiten des besetzten Gebiets.

Präsident Ebert erteilte sofort dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärte, es gereiche ihm zur Freude, dem nach langer Krankheit genesenen Reichsaussenminister das Wort erteilen zu dürfen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

begann seine Rede mit einem Dank an den Reichstag, der ohne Zögern keine Bitte erfüllt habe, an Stelle des verhinderten Außenministers die deutsche Delegation in Genf zu führen. Mit meinem Dank, so erklärte der Minister weiter u. a., möchte ich die Erfahrung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außerpolitischem Gebiet getan worden sind meinerseits die volle Verantwortung zu übernehmen. So besonders drei große und lebenswichtige Fragen der Außenpolitik möchte ich in den Mittelpunkt meiner heutigen Erklärung stellen:

Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete, die die Abwicklung und das weitere Verbleib der Reparationsfrage.

Die deutsche Regierung hat vor der diesjährigen Völkerbundsversammlung die beteiligten Regierungen unterrichtet, daß sie beabsichtigt, in Genf die Räumungsfrage offiziell aufzuwerfen. Nicht nur Deutschland, sondern weitere Kreise des Auslandes empfanden die heute noch fortwährende Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete als einen krassen Gegenstand zur Entwürdigung der internationalen Politik in den letzten Jahren (besonders Zustimmung). Wir brauchen und brauchen daher auch heute nicht zu bezweifeln, daß etwa eine negative Klärung der Lage für die internationale Stellung Deutschlands irgendwie von Nachteil sein könnte. Ueber den

Verlauf der Genfer Verhandlungen

in dieser Beziehung ist alles wesentliche in der Öffentlichkeit bekannt. Ueber die Beurteilung des Ergebnisses sind wir uns wohl einig, es war für das deutsche Volk eine feste Entschlossenheit, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchzureden sind (besonders Zustimmung). Unser Verhandlungsgegner haben eine Aufzählung vertreten, die wir nicht anerkennen können. Deutschland wird in keinem Rechte verletzt, solange dieser Anspruch nicht erfüllt ist. Reineswegs können wir die Räumung mit Begünstigung finanzierender Kräfte verbinden. Ich stelle mich demgegenüber fest, daß noch vor wenigen Tagen auch noch abgehender britischer Seite gründlichst anerkannt wurde, daß Räumungs- und Reparationsfrage zwei völlig getrennte Dinge sind (besonders Zustimmung). Die freundlichen und zum Teil herrlichen Worte an Deutschland zu verlieren ist für Deutschland, wenn die moralische Fundierung fehlt, die durch die Anwesenheit fremder Truppen verhindert wird. Der Minister erwachte die französischen Mäander auf deutschem Gebiet und erklärte:

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß auch der Geist der Beziehung in den Rheinlanden einen Rückschlag erfahren hat.

Im Zusammenhang mit der Erwähnung der Kritik der deutschen Außenpolitik führte der Minister aus, er halte es trotz des Rückschlages für notwendig, in voller Deutlichkeit weiter für die Grundlagen und die Konsequenzen Fortführung der bisherigen deutschen Außenpolitik einzutreten. Ich sehe keine Unterlegung, die uns erlaubt, an Stelle des angebotenen Planoms einer Großmachstellung die tatsächliche politische Machtstellung zu erhalten, die andere Mächte immer noch in der Aufrechterhaltung ihrer Mächtigkeiten am ehesten geföhrt haben. Der Minister beabsichtigte sich noch mit weiteren Einzelheiten der Kritik an einer Außenpolitik, wobei er feststellte erklärte, daß für davon überzeugt, daß jeder Außenminister und jede Staatsangehörige durch den Zustand der realen Erwägungen zugehen wären, die die Lage in Europa zu nehmen wenn sie sich nicht an der Existenz des Reiches verjüngern wollten.

In der Abrüstungsfrage

werden wir an dem in nicht mühevoller Form von Reichsaussenminister und dem Grafen Bernstorff in Genf dargelegten Standpunkt festhalten. Das Nichtkompromiß, das viel erwünscht wurde, dürfte als erwidert angesehen sein. Wenn auch Mächte, denen nach der Konvention des Locarno-Vertrages eine weitläufige verlässliche Rolle zuzukommen, auf militärischem Gebiet tatsächlich weitreichende Vereinbarungen getroffen hätten, würde das an die Grundlagen des Rheinvertrages von Locarno rühren. Dann beschlossene sind



Der preussische Wohlfahrtsminister Fitzinger trat am Montag in Genf ein, um die vom Reichstag beschlossene Unterstützung der Ausgeperrten durch Verteilung von